

Darüber möchten wir nicht sprechen

Gibt es ein öffentliches Interesse, von Debatten verschont zu werden? Der Prozess um die Meiserstraße setzt die Münchner Geschichtspolitik in ein kurioses Licht

Im Jahre 1839 verfügte der bayerische Innenminister Karl von Abel, dass auch evangelische Soldaten während der Fronleichnamsprozession vor dem Allerheiligsten niederzuknien hatten. Das Konsistorium protestierte; der „Kniebeugestreit“ war wichtig für die Selbstfindung der Protestanten im mehrheitlich katholischen Bayern. Im Februar 2010 war in der mündlichen Verhandlung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs über die Umbenennung der Münchner Meiserstraße (F.A.Z. vom 24. Februar) noch etwas von der besonderen Situation einer lutherischen Minderheit gegenüber einer scheinbar katholisch dominierten Verwaltung zu spüren. Gegenüber den gestrengen bayerischen Verwaltungsrichtern zeigten die im Saal anwesenden Unterstützer des Klägers, des Enkels des ersten Landesbischofs Hans Meiser (1881 bis 1956), in fast physisch spürbarer Weise Distanz und Misstrauen; selbst der betont jovial auftretende Oberlandesanwalt in der blauen Robe konnte daran nichts ändern. Das Misstrauen der bayerischen Protestanten, es scheint noch immer tief zu sitzen. Der Senatsvorsitzende hatte seine katholische Konfession erwähnt, wollte dadurch allerdings seine Bereitschaft anzeigen, sich in evangelischen Dingen belehren zu lassen.

Das Urteil des 8. Senats liegt nun auch schriftlich vor (Aktenzeichen 8 BV 08.3320), aber Meiser wird die Gerichte weiter beschäftigen. Gegen die Nichtzulassung der Revision wurde Ende Juni Beschwerde eingelegt. Durchschnittlich ein halbes Jahr braucht das Leipziger Bundesverwaltungsgericht für die Bearbeitung einer Nichtzulassungsbeschwerde, der nur aus wenigen Gründen stattgegeben werden kann. Im vorliegenden Fall kommt eigentlich nur dessen „grundsätzliche Bedeutung“ in Frage.

Die Münchner Richter haben sich erkennbar um Konvergenz mit der Rechtsprechung anderer Gerichte zu Straßennamen bemüht: In der mündlichen Verhandlung hatten sie noch den Eindruck erweckt, den ehrenden Aspekt einer Straßenbenennung übersehen zu können, und reduzierten die Funktion des Namens auf die „Ordnungsfunktion“, den Zweck, eine Straße von einer anderen zu unterscheiden. Tatsächlich äußert sich das bayerische Straßengesetz zur ehrenden Funktion eines Straßennamens nicht, doch das Kommunalreferat der Landeshauptstadt München verweist auf seiner Homepage darauf, dass die „Benennung einer öffentlichen Verkehrsfläche nach Persönlichkeiten“ immer auch eine Ehrung der Person bedeute. Wohl auch wegen dieser ausdrücklichen Münchener Verwaltungspraxis haben die Richter nun in ihren Leitsätzen anerkannt, dass eine Gemeinde „mit der ordnungsrechtlichen Aufgabe einer Straßenbenennung“ auch „die Ehrung verdienter Bürger“ verbinden kann.

In diesem Falle handele es sich aber bei der Ehrung nur um einen „Rechtsreflex“, der „keine Rechtsposition für den Namensgeber und dessen Erben begründen“ könne. Was bedeutet das? Die Rechtsposition der Angehörigen des durch einen Straßennamen Geehrten ist grundsätzlich schwach. Zwar gibt es in manchen Städten Verwaltungsrichtlinien, die eine Anhörung der Angehörigen bei Straßenbenennungen nahelegen, aber ein subjektives Recht gegen Straßenumbenennungen dürfte daraus wohl kein Gericht ableiten.

Der Senat hat den Rechtsstreit aber nicht auf dieser formalen Ebene belassen. Hätten die Richter geschrieben, im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung und unter Beachtung eines rechtlichen Rahmens könne die Stadt München ihre Straßen benennen, wie es ihr beliebt, wäre es für Meisers Enkel wenig tröstlich, aber juristisch nachvollziehbar gewesen. Käme die Stadt München auf die Idee, die „Prinzregentenstraße“ in „Ministerpräsidentenstraße“, den „Franz-Josef-Strauß-Ring“ nach Kurt Eisner oder den Goetheplatz nach Franz Xaver Kroetz zu benennen, so könnte man das missbilligen; dass eine letztlich auf Funktionalität bedachte Verwaltungsjustiz es verhindern möchte, unzählige potentielle Klagen des Hauses Wittelsbach, der Familie Strauß oder der Stadt Frankfurt am Main zu bearbeiten, leuchtet ein. Aber diese Begründung haben die Richter leider nicht gegeben.

Sie bescheinigen der Stadt München ein „legitimes Interesse“, sich aus „fortdauernden Debatten anlässlich einer Straßenumbenennung heraushalten zu können“, und zwar „insbesondere als Landeshauptstadt“. Wie legitim dieses Interesse in einem demokratischen Gemeinwesen ist und ob es ihm wirklich dient, wenn die Kommune dann selbst die Straße umbenennt, mag dahingestellt bleiben. Um zu belegen, dass „die Stadt“ tatsächlich „aus einer fortwährenden Diskussion über die Person des ehemaligen Bischofs Meiser herausgehalten werden sollte“, lassen die Richter in ihren Entscheidungsgründen reichlich den obersten Repräsentanten der Beklagten zu Wort kommen.

Was hatte Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) im Stadtrat erklärt? Unter anderem, dass die Benennung „damals aus Freude, dass es überhaupt Überlebende gebe, wohl zu großzügig gesehen worden“ sei und „nur wenige Monate nach dem Tod“ des Bischofs erfolgte, so dass „noch keine gefestigte Ansicht zu Leben und Wirken“ Meisers habe bestehen können. Ude selbst hatte mittlerweile eine gefestigte Ansicht; er empfand es als „Zumutung, dass die Stadt jetzt mit dem ‚Firmenschild Meiserstraße‘ die Diskussion um die Zukunft bestreiten solle, während die evangelische Kirche die erforderlichen Klarstellungen und Grenzziehungen längst vorgenommen hat.“ In diesem Sinne hatten die Richter in der mündlichen Verhandlung auf die evangelische Landeskirche verwiesen, die gegen die Umbenennung nicht juristisch vorgegangen ist, obwohl sie als Anlieger hätte auftreten können.

Diese Rücksicht des Gerichts auf die Repräsentanten der evangelischen Kirche mag vor dem Hintergrund der bayerischen Verfassungsgeschichte gut erklärlich sein. Bedenklicher ist, dass das Urteil zur Illustration des legitimen Interesses an der Debattenvermeidung auch eine törichte Aussage Udes über eine drohende Diskussion angesichts der Nähe des geplanten NS-Dokumentationszentrums zur Meiserstraße zitiert. Gehörte Meiser zum nationalsozialistischen Parteiapparat? Der Erlanger Neutestamentler Lukas Bormann hat darauf hingewiesen, dass Meisers Oberkirchenrat die einzige nichtnationalsozialistische Dienststelle im weiteren Umfeld des „Braunen Hauses“ war. Gleichwohl bescheinigten die Richter Ude „in ausreichender Zahl sachliche Erwägungen“.

Natürlich kann eine Kommune im Rahmen ihrer kommunalen Selbstverwaltung bestimmen, in welchen Debatten sie sich engagieren möchte, und Ude ist sicherlich auch kommunalrechtlich zu diesen Bewertungen legitimiert. Richtig müssen sie deswegen nicht sein. Jedenfalls bleibt ein Eindruck des Kleinmuts, nachdem die Stadt München unter Udes Leitung doch über viele Jahre den Eindruck zu erwecken versucht hat, sie wolle gerade, dass über ihre Vergangenheit debattiert werde.

Für die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts dürften Gründe in der Person Bischof Meisers eher eine untergeordnete Rolle spielen. Dass ein Gericht unglückliche Äußerungen

eines Kommunalpolitikers umfangreich paraphrasiert und ihnen Ausgewogenheit bescheinigt, ist kein Revisionsgrund. Ärgerlich ist es aber allemal. Es wäre zu wünschen gewesen, die Richter hätten beim Diktieren ihrer Entscheidungsgründe ein Standardwerk wie den Broszat zur Geschichte Bayerns im Nationalsozialismus ebenso beherzt hinzugezogen wie den Kommentar von Widtmann/Grasser/Glaser zur Bayerischen Gemeindeordnung. martin otto

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.08.2010